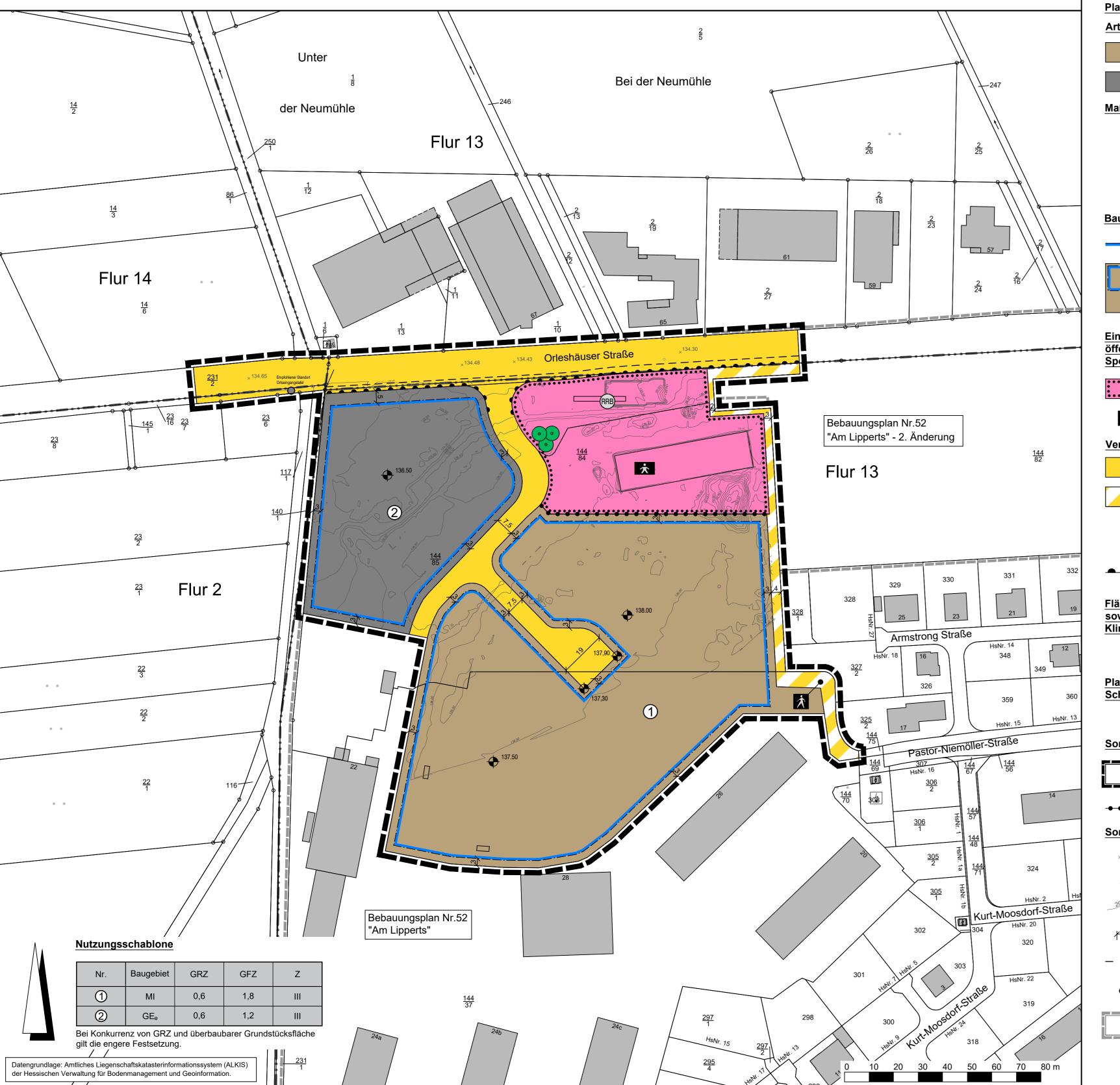
Stadt Büdingen, Kernstadt

Bebauungsplan Nr. 52 "Am Lipperts" - 4. Änderung



Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394),

Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176),

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBI. I S. 1802),

Hessische Bauordnung (HBO) vom 28.05.2018 (GVBI. I S. 198), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.07.2024 (GVBI. 2024 Nr.32).

Zeichenerklärung

Katasteramtliche Darstellung

_...

Flurstücksnummer - 9 - 9 - -

vorhandene Grundstücks- und Wegeparzellen mit Grenzsteinen

<u>Planzeichen</u>

Art der baulichen Nutzung

eingeschränktes Gewerbegebiet

Maß der baulichen Nutzung

Grundflächenzahl

Geschossflächenzahl

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß über Sollhöhe Planstraße

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen



- überbaubare Grundstücksfläche

_ nicht überbaubare Grundstücksfläche

Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen

Flächen für den Gemeinbedarf; Zweckbestimmung:

Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen (Kindertagesstätte)

Straßenverkehrsflächen (Innenaufteilung unverbindlich)



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung; hier:



Fußweg (öffentlich)

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen; Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken

Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen; hier:



Regenrückhaltebecken

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft



Anpflanzung von Laubbäumen gem. 1.6.2

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

→ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ Abgrenzung unterschiedlicher Art und unterschiedlichen Maßes der baulichen Nutzung

Sonstige Darstellungen

Höhenlage bei Festsetzung; hier: Sollhöhe Planstraße, Abweichungen bis zu

Fertige, bauordnungsrechtliche Bestandshöhe in m über Normalhöhennull (NHN), Abweichungen bis zu 0,6m sind zulässig.

Höhenlinie in m über Normalhöhennull (NHN)

Bemaßung (verbindlich)



Empfohlener Standort Ortseingangstafel



Textliche Festsetzunger

1.1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

- 1.1.1 Mischgebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 6 Abs. 2 BauNVO)
- Allgemein zulässig sind
- Wohngebäude, Geschäfts- und Bürogebäude,
- Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- sonstige Gewerbebetriebe,
- Anlagen für Verwaltungen sowie für soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke, Räume und Gebäude für die Berufsausübung freiberuflich Tätiger und solcher

Gewerbetreibender, die ihren Beruf in ähnlicher Weise ausüben (§ 13 BauNVO).

- 1.1.1.1 Gem. § 1 Abs. 5 BauNVO: Gartenbaubetriebe sind unzulässig.
- 1.1.1.2 Gem. § 1 Abs. 5 und § 1 Abs. 9 BauNVO: Tankstellen sind unzulässig. Von dem Ausschluss ausgenommen sind Ladestationen für Elektrofahrzeuge.
- 1.1.1.3 Gem. § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO: Vergnügungsstätten sind unzulässig.
- 1.1.1.4 Gem. § 1 Abs. 9 BauNVO: Einzelhandelsbetriebe sowie Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke
- 1.1.2 Gewerbegebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 8 Abs. 2 BauNVO)

Allgemein zulässig sind

- Gewerbebetriebe aller Art einschließlich Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus solarer Strahlungsenergie oder Windenergie, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe,
- Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, Anlagen für sportliche Zwecke.
- Räume und Gebäude für die Berufsausübung freiberuflich Tätiger und solcher Gewerbetreibender, die ihren Beruf in ähnlicher Weise ausüben (§ 13 BauNVO).

Ausnahmsweise können zugelassen werden

- Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind,
- Anlagen f
 ür soziale und gesundheitliche Zwecke.
- 1.1.2.1 Gem. § 1 Abs. 4 BauNVO: Es sind nur Gewerbebetriebe zulässig, die das Wohnen nicht wesentlich

1.1.2.2 Gem. § 1 Abs. 5 BauNVO: Tankstellen sind unzulässig. Von dem Ausschluss ausgenommen sind

- Ladestationen für Elektrofahrzeuge. 1.1.2.3 Gem. § 1 Abs. 6 BauNVO: Vergnügungsstätten sowie Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke
- 1.1.2.4 Gem. § 1 Abs. 9 BauNVO: Die Einrichtung von Verkaufsflächen ist nur für die Selbstvermarktung der im Gebiet produzierenden und weiterverarbeitenden Betriebe zulässig, und auch dies nur, wenn die Verkaufsfläche einen untergeordneten Teil der durch das Betriebsgebäude / die Betriebsgebäude bebauten Fläche einnimmt.

1.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 Abs. 4 BauNVO)

In dem Gewerbegebiet darf die zulässige Grundfläche gemäß Grundflächenzahl durch die Grundflächen von Stellplätzen mit ihren Zufahrten bis zu einer Grundflächenzahl von GRZ = 0,9 überschritten werden.

1.3 Flächen für Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 14 Abs. 1 BauNVO) Nebenanlagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Ausgenommen

1.4 Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von 3.3.2

hiervon sind Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien.

- Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) 1.4.1 Gehwege und Stellplätze i.S. von untergeordneten Nebenanlagen sind in wasserdurchlässiger Bauweise zu befestigen.
- 1.5 Bauliche Maßnahmen für die Erzeugung erneuerbarer Energien (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
- Bei Gebäuden und sonstigen Überdachungen sind auf mindestens 30 % der Dachflächen, bei Gebäuden mit Staffelgeschoss auf den Dachflächen des Staffelgeschossen, Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie zu installieren.

1.6 Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB) Zur Außenbeleuchtung sind nur LED-basierte Lichtquellen mit warmweißen Lichtspektren und einer Farbtemperatur von max. 3.000 Kelvin zulässig. Sie müssen ein geschlossenes Gehäuse haben und

- dürfen nur nach unten abstrahlen. Empfehlung: Es wird die Nutzung von Bewegungsmeldern und Zeitschaltuhren angeregt.
- 1.7 Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a
- 1.7.1 Je 5 Stellplätze ist mind. 1 standortgerechter Laubbaum gemäß Artenliste 3.1 zu pflanzen und zu 1.7.2 Anpflanzung von großkronigen Laubbäumen gemäß Plankarte: Die in 3.1 genannten Mindest-Pflanzqualitäten sind hier verbindlich. Eine Verschiebung der Standorte von bis zu 5 m gegenüber den in
- 1.7.3 Dachflächen sind zu mind. 70% dauerhaft zu begrünen. Die Stärke der Vegetationstragschicht muss mind. 8 cm betragen. Von der Festsetzung ausgenommen sind Dächer, auf denen Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie installiert werden. Ausgenommen sind zudem Dächer von Werk- und Lagerhallen.

der Plankarte festgesetzten Standorten ist zulässig. Die Anpflanzungen können auf die Anpflanz-

2. Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften

ungen gem. 2.4.1 angerechnet werden.

- 2.1 Äußere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 1 HBO)
- 2.1.1 Es sind nur Gebäude mit Dachneigungen von weniger als 10° zulässig.
- 2.1.2 Bei Gebäuden mit 2 und 3 Vollgeschossen darf die Oberkante Attika (aufgehenden Mauerwerk) des obersten Vollgeschosses die Oberkante der obersten Vollgeschossdecke (Oberkante Aufbau) maximal um 0,3 m überschreiten.
- 2.2 Werbeanlagen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 2 HBO)
- 2.2.1 Fremdwerbung ist unzulässig.
- 2.2.2 Die max. Gesamthöhe von freistehenden Werbeanlagen und Fahnenmasten beträgt 8 m über Geländeoberkante.
- 2.2.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.3 Einfriedungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 3 HBO)

- 2.3.1 Zulässig sind offene Einfriedungen bis zu einer Höhe von max. 2,0 m über der Geländeoberkante.
- 2.3.2 Einfriedungen mit Mauern und Mauersockeln sind nur straßenseitig zulässig. Die Sockelhöhe darf 0,7 m nicht überschreiten. Der Sockel ist auf die Einfriedungshöhe nach 2.3.1 anzurechnen.
- 2.3.3 Die Gestaltungsvorschriften 2.3.1 und 2.3.2 gelten nicht für Stützmauern, unabhängig davon, ob diese
- auch der Einfriedung dienen. 2.3.3 Blickdichte Einfriedungen und Zäune aus Kunststoff (mit Kunststoffen durchflochtene Metallgitter usw.) und
- anderen Materialien sind unzulässig.

2.4 Grundstücksfreiflächen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 5 HBO)

- 2.4.1 Mind. 30 % der Grundstücksfreiflächen sind mit einheimischen, standortgerechten Laubgehölzen zu bepflanzen. Es gelten 1 Baum je 25 m², ein Strauch je 1 m². (Vgl. Artenliste unter 3.1) Die Anpflanzungen gem. 1.6 können angerechnet werden.
- 2.4.2 Flächenhafte Stein-, Kies-, Split- und Schottergärten oder -schüttungen sind unzulässig, soweit sie einer Folie oder einer vergleichbaren Untergrundabdichtung aufgebracht werden und soweit sie nicht dem Spritzwasserschutz am Gebäude dienen. Dem Spritzwasserschutz dienen Hausumrandungen mit einer Breite von bis zu 40 cm oder entsprechend dem jeweiligen Dachüberstand. Von dem Ausschluss nicht erfasst sind echte Steingärten, die unmittelbar mit dem Boden verbunden sind und natürliche Felslebensräume nachbilden.

Hinweise und nachrichtliche Übernahme

Artenliste (Auswahl/Empfehlung)

Stieleiche - Quercus robur

Roter Hartriegel - Cornus sanguinea

Es gelten folgende Mindest-Pflanzqualitäten: Bäume 1. Ordnung: H., 3 x v., m. B. STU 14-16 cm Bäume 2. Ordnung: H., 3 x v., m. B. STU 14-16 cm; Hei., 2 x v., 100-150 Sträucher: Str., 2 x v., 100-150

Bäume 1. Ordnung: Bäume 2. Ordnung: Feldahorn - Acer campestre Bergahorn - Acer pseudoplatanus Hainbuche - Carpinus betulus Spitzahorn - Acer platanoides Wildapfel - Malus sylvestris Rotbuche - Fagus sylvatica Wildbirne - Pyrus pyraster Esche - Fraxinus excelsior Traubeneiche - Quercus petraea Eberesche - Sorbus aucuparia

Hainbuche - Carpinus betulus Schwarzdorn - Prunus spinosa

Hasel - Corylus avellana Hundsrose - Rosa canina Weißdorn - Crataegus monogyna/

Salweide - Salix caprea

Stellplatzsatzung der Stadt Büdingen in der zum Zeitpunkt der Bauantragstellung geltenden Fassung

Kreuzdorn - Rhamnus cathartica

- Wolliger Schneeball Viburnum lantana Rote Heckenkirsche - Lonicera xylosteum Faulbaum - Frangula alnus
- Stellplätze: Die Stellplätze betreffenden Festsetzungen werden subsidiär durch die Vorschriften der

Verwertung von Niederschlagswasser

- 3.3.1 Gem. § 37 Abs. 4 HWG: Abwasser, insbesondere Niederschlagswasser, soll von der Person, bei der es anfällt, verwertet werden, wenn wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen.
- Gem. § 55 Abs. 2 Satz 1 WHG: Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.

Denkmalschutz

Wenn bei Erdarbeiten Bodendenkmäler bekannt werden, so ist dies gemäß § 21 HDSchG dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen (Abt. Archäologische Denkmalpflege) oder der unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind gem. § 21 Abs. 3 HDSchG bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige im unveränderten Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen.

- Von einer Rodung von Bäumen und Gehölzen ist während der Brutzeit (1. März 30. Sept.) gemäß § 39 BNatSchG abzusehen. Sofern Rodungen in diesem Zeitraum notwendig werden, sind die betroffenen Bereiche zeitnah vor Beginn der Maßnahme durch einen Fachgutachter auf aktuelle Brutvorkommen zu kontrollieren. Es ist eine ökologische Baubegleitung durchzuführen. Abweichungen von den o.g. Maßnahmen erfordern eine vorgreifliche Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Wetteraukreises.
- Zur Verhinderung von Vogelschlag sollten keine großflächigen Glasfronten angelegt werden. Für alle spiegelnden Gebäudeteile ist zudem die Durchsichtigkeit durch Verwendung transluzenter Materialien oder flächiges Aufbringen von Markierungen (Punktraster, Streifen) zu reduzieren. Zur Verringerung der Spiegelwirkung sollte eine Verglasung mit Außenreflexionsgrad von maximal 15 % verwendet werden.

Altablagerungen und Altlasten

Alle bodenrelevanten Veränderungen auf Grundstücken mit festgestellter "schädlicher Bodenveränderung" bedürfen gemäß § 11 Hessisches Altlasten- und Bodenschutzgesetz der Zustimmung der zuständigen

Büdingen, den ___.__. Bürgermeister Rechtskraftvermerk:

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB wurde durch die Stadt-

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde ortsüblich

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde ortsüblich be-

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde ortsüblich be-

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom

Der Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 5 HGO i.V.m.

Die Bekanntmachungen erfolgten im Kreis - Anzeiger.

§ 9 Abs. 4 BauGB und § 91 HBO erfolgte durch die Stadtverordnetenver-

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit den hierzu ergangenen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass

die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten

Der Bebauungsplan ist durch ortsübliche Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB in

---·--

___·__·

----·---

----·---

---·---

verordnetenversammlung gefasst am

kanntgemacht am

kanntgemacht am

Ausfertigungsvermerk:

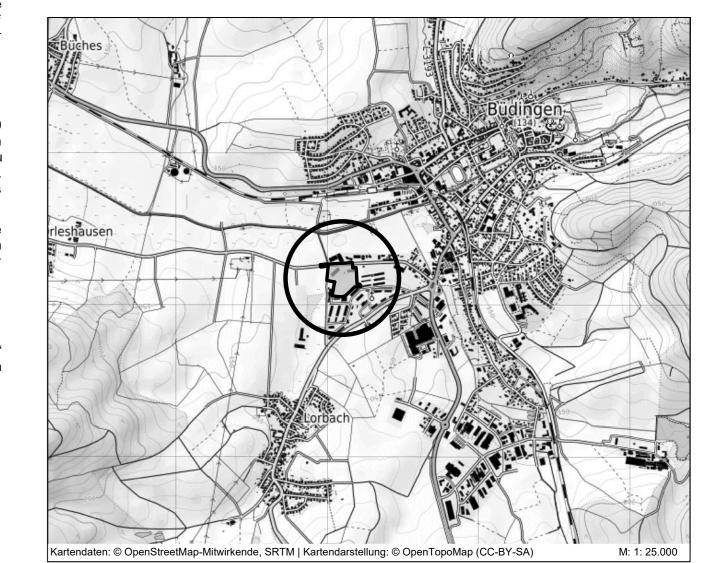
Bürgermeister

Kraft getreten am:

Büdingen, den ____.__.

Stadt Büdingen, Kernstadt Bebauungsplan Nr. 52

"Am Lipperts" - 4. Änderung



PLANUNGSBÜRO **FISCHER** Im Nordpark 1 - 35435 Wettenberg | t. +49 641 98441-22 | info@fischer-plan.de | www.fischer-plan.de 20.08.2025

Entwurf

Projektleitung: Fischer Voith, M.Damm 1:1.000 Projektnummer: 24-2858